



Editorial

Weihnachten ist auch das Fest der Hoffnung – und Zuversicht ist für das Jahr 2009 dringend erforderlich. Die politischen Eliten sitzen angesichts begrenzten Wissens in der „Hayek-Falle“, können sich allenfalls durch Stimulieren der Bauwirtschaft, also auch des Infrastrukturbereichs, einer stabilisierenden Wirkung sicher sein. In den vergangenen Jahren konnte sich der Staat scheinbar erfolgreich an der volkswirtschaftlichen Leistung bedienen und vermied so eine Flexibilisierung der Ausgabenseite – das rächt sich nun. Den Wirtschaftseliten, ebenfalls Verteilungsgewinner der vergangenen Jahre, hat es die Sprache verschlagen; bei denen, die für das Wirtschaftsdebakel mitverantwortlich zeichnen, erinnert dies an Autismus.

Woher also soll die Zuversicht für den Steuerzahler kommen? Und ist Zuversicht gleichzusetzen mit mehr Konsum – statt Besinnung? Wird weihnachtlicher Konsumrausch zur Bürgerpflicht, um die Krise zu überwinden?

Die stark von den Vereinigten Staaten getriebene Finanzkrise treibt einen weltwirtschaftlichen Konjunkturabschwung voran und koinzidiert mit strukturellen Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung. Den nunmehr beschleunigten Strukturwandel durch sektorale Hilfen aufhalten zu wollen, ist ökonomisch gefährlich, insbesondere für ein Exportland wie Deutschland, das sich gerade erst aus seinen Fehlanpassungen der 90er Jahre befreit hat. Nationale Fiskalpolitik müsste wirksam an den Bauinvestitionen ansetzen. Um deflatorische Potenziale zu begrenzen, sollte man hier weit mehr als gegenwärtig geplant tun. Ansonsten wäre man gut beraten, sich an der Konsumentensouveränität zu orientieren. Das spricht in Deutschland für steuerliche Entlastungen, also dem Steuerbürger zu geben, was des Steuerbürgers ist.

Das gilt nicht überall. Der Unterkonsumption in Deutschland steht eine massive Überkonsumption in den USA gegenüber, deren Bürger über 70% ihres Bruttoinlandsprodukts verbrauchen. Die erlittenen Vermögensverluste und das Leistungsbilanzdefizit erfordern dort langfristig, nach Überwinden der Krise, mehr Ersparnis als internationalen Stabilisierungsbeitrag, sonst wird das nächste Desaster vorbereitet. Wenn man sich die Kollateralschäden dieser Krise ansieht, die ihre Folgen bis in die kleinste Hütte trägt – sprich die weltweite Armuts- und Krankheitsbekämpfung –, dann muss Wirtschaftspolitik diese moralische Verantwortung aufnehmen.

Wirtschaftliche Zuversicht besitzt eine moralische Dimension. Diese Moral muss immer wieder gestiftet – derzeit von den Verantwortlichen eingefordert werden. Ohne eine Umkehr, also eine selbstkritische Aufarbeitung, wird dies nicht möglich sein. Das ist viel verlangt, aber die Weihnachtstage sollten dazu Gelegenheit geben.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*